

Az. 902.41 – Haushalt 2019  
Der Bürgermeister

## **Bemerkungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Magistrat hat in seiner Klausurtagung am 22. und 23. Oktober die Haushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen beraten und festgestellt.

Der Haushalt 2019 hat uns vor neue Herausforderungen und Aufgaben gestellt. Man könnte sagen: *„Die Spielregeln haben sich massiv verändert.“*

### **I. EINGANGSBEMERKUNGEN**

Durch den Beschluss zur Teilnahme an der Hessenkasse und die Änderungen der HGO haben sich neue Maßgaben zur Liquiditätssicherung ergeben.

D.h., der Fokus bei der Haushaltsplanaufstellung richtet sich neben dem ordentlichen Ergebnis nun verstärkt auf den Finanzhaushalt und somit auf die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen.

Nach den neuen Vorschriften muss also nicht nur ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis erwirtschaftet werden, sondern nun auch ein deutliches **Plus** im Finanzhaushalt.

Konkret bedeutet dies, dass der Überschuss aus laufender Verwaltung mindestens die **jährliche Tilgungsleistung für die Investitionskredite** sowie den jährlichen **Beitrag an das Sondervermögen Hessenkasse** abdecken muss.

In Zahlen müssen wir ein **Ist**-Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von insgesamt **2,38 Mio. €** erzielen:

2,03 Mio. € Tilgung plus rd. 350.000 € an die Hessenkasse.

Zusätzlich soll innerhalb der nächsten vier Jahre eine Liquiditätsreserve von mindestens 2 % der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei vorangehenden Jahre gebildet werden. D.h., auch hierfür sind in 2019 **weitere 150.000 €** Überschuss als erste der vier Raten zum Aufbau der Liquiditätsreserve abzubilden.

All diese geänderten Rahmenbedingungen sind zu erfüllen, obwohl gleichzeitig z.B. die Gebührenfreiheit für sechs Stunden täglich im KiTa-Bereich, Tarifierhöhungen, höhere Deponiegebühren und die üblichen Preissteigerungen abzufangen sind.

Sie können sich also vorstellen, dass die Haushaltsberatungen nicht einfach waren. Ganz im Gegenteil; es war ein hartes Stück Arbeit.

Aber es ist uns gelungen, Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der alle Vorgaben erfüllt und dennoch auf neuerliche Steuererhöhungen sowie den Abbau von freiwilligen Leistungen verzichtet.

Ich denke, das ist schon einmal eine gute Nachricht zu Beginn meiner Ausführungen.

Möglich ist dies im Wesentlichen durch folgende drei Faktoren:

- 1.) erneute starke Zuwächse bei den Gewerbesteuererträgen
- 2.) Abschöpfungen aus Treuhandkonten
- 3.) konsequente Ausgabendisziplin

Das heißt also im Klartext, dass die Budgets der einzelnen Produkte abermals äußerst eng gehalten werden mussten, und vieles Wünschenswerte dem Rotstift zum Opfer gefallen ist.

Dass zudem Abschöpfungen aus den Treuhandkonten nur noch in den kommenden ein bis zwei Jahren zu erwarten sind, weil die Abwicklung unserer Bau- und Gewerbegebiete dann beendet sein wird und keine neuen folgen werden, sollte bekannt sein.

Inwieweit unsere Haushaltsstruktur anhand dessen als **zukunftsfähig** bezeichnet werden kann, dazu später mehr. Ich möchte nur gleich zu Beginn den Jubel dämpfen, von dem man eigentlich ausgehen könnte, wenn man attestiert, dass **2,5 € Mio. Überschuss** erwirtschaftet werden können, ob pflichtig zu tun oder nicht.

## II. ERGEBNISHAUSHALT

Nun aber zu den konkreten Zahlen des Haushaltsplanentwurfs 2019:

Ich beginne wie immer mit den Eckdaten des Ergebnishaushaltes:

Die **Erträge des Ergebnishaushaltes** belaufen sich auf rd. **37.831.000 €**

Die **Aufwendungen** belaufen sich auf rd. **37.094.000 €**

Somit ergibt sich ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis von **rd. 737.000 €**.

Das bedeutet einen Überschuss von **50,56 € je Einwohner**.

Die Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushaltes möchte ich Ihnen nun etwas näher vorstellen.

Die Erträge sind gegenüber dem Nachtrag 2018 **um rd. 1,8 Mio. €** auf 37,8 Mio. € angestiegen.

### **Die Haupterträge sind**

- die Steuern, einschließlich der Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer mit **18,2 Mio. €**,
- die Schlüsselzuweisungen mit rd. **4,9 Mio. €** und
- die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von gut **6,6 Mio. €**.

Sehen wir uns die größten Ertragspositionen und deren Entwicklung nun noch etwas detaillierter an:

Der Gemeindeanteil an der **Einkommensteuer** bleibt gegenüber 2018 unverändert und beträgt **7.950.000 €**.

Die **Schlüsselzuweisungen** des Landes betragen **4.936.000 €** und bleiben somit gegenüber dem Nachtrag ebenfalls unverändert.

Der Ansatz der **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** beträgt für 2019 **6.627.750 €**. Er steigt gegenüber 2018 minimal um 1,36%.

Die geplanten **Gewerbsteuererträge** belaufen sich in 2019 auf **5.100.000 €** gegenüber 4.405.000 € in 2018.

Dies bedeutet einen weiteren spürbaren Anstieg um **knapp 700.000 €**, sprich diesmal um **15,78%**.

Derzeit liegen wir im Ist leicht über dem aktuellen Haushaltsansatz und das, obwohl weiterhin kaum Gewerbesteuerzahlungen für das Gebiet des ehemaligen Fliegerhorstes festgesetzt sind.

In 2019 sollten für die angesiedelten Firmen aber (endlich) weitere Steuerbescheide bei uns eingehen, so dass der Ansatz gegenüber 2018 abermals erhöht werden konnte.

Entgegen den Aussagen mancher selbsternannten Experten, zahlen auch die Firmen, die „nur“ Betriebsstätten unterhalten, sehr wohl Gewerbesteuer.

Leider kann ich Beträge anhand des Steuergeheimnisses nicht nennen, aber vielleicht spricht die **Grafik** der Gewerbesteuerentwicklung dazu Bände.

Wie zu sehen, hatten wir im Jahr **2011** noch einen Stand von **1.473.000 €** an Erträgen, während mit dem Haushalt **2019** nunmehr **5,1 Mio. €** veranschlagen. Das entspricht einer Steigerung von **246 % in 8 Jahren**.

Wo sollten diese Zuwächse herkommen, wenn nicht von unseren neuen Arbeitgebern im Gewerbepark und im Fliegerhorst?

Ebenso zu sehen, dass immer ein zeitlicher Versatz zwischen Betriebsaufnahme und erster Gewerbesteuerveranlagung durch das Finanzamt liegt.

Hätten wir diese Gewerbegebiete nicht gehabt, wäre schon das Licht ausgegangen; bildlich gesprochen im Hallenbad oder in den Geldbörsen unserer Einwohnerinnen und Einwohner.

Für Brandenburg gilt übrigens, dass der Hauptsitz des als Tochter der REWE Group dennoch eigenständigen Unternehmens ohnehin in Erlensee sein wird.

Ich muss das ein oder andere einfach mal hier erwähnen, weil ich immer wieder unsinnige Aussagen höre oder lese; bis hin zu, dass bei „Logistikern“ oder einfach nur großen Unternehmen ohnehin nur „Leiharbeiter“ bzw. 450-€-Jobber arbeiteten. Auch das: Ein Ammenmärchen.

Wenn diese Unternehmen so gar nichts brächten, dann müsste man sich fragen, warum dann in Frankfurt und der dortigen Presse die Überschrift „Stadt Frankfurt konnte Brandenburg nicht halten“ ein Thema war und der dortige Wirtschaftsdezernent deshalb stark in der Kritik stand; oder auch, warum die Regierung Unterfranken versuchte, den Umzug des LIDL-Zentrallagers nach Erlensee zu torpedieren.

Entschuldigung, aber das musste ich einfach mal loswerden, weil mit solchen Aussagen sowohl die Firmen aber insb. letztendlich auch die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne jedes Hintergrundwissen pauschal herabgewürdigt werden.

Die Erträge aus der **Grundsteuer A und B** erhöhen sich minimal um 0,68% auf 2.955.000 €.

Kommen wir nun zu den größten **Aufwandspositionen** des Ergebnishaushaltes:

Die Aufwendungen insgesamt betragen im Haushaltsentwurf für 2019 **knapp 37,1 Mio. €** und sind damit gegenüber dem Nachtrag 2018 um etwa **1 Mio. €** angestiegen.

Die größte Aufwandsposition sind wie immer die **Personalaufwendungen**.

Der Ansatz für 2019 beläuft sich auf **rd. 12,14 Mio. €** gegenüber **11,12 Mio. €** in 2018. Das entspricht einer Steigerung um **9,21 %**.

Die Erhöhung um gut 1 Mio. € unterteilt sich, immer gerundet:

Tarif- und Besoldungserhöhung (3,19% bis März 2019 + weitere 3,09% ab April 2019 bzw. 2,2%)	250.000 €
Stufensteigerungen, Höhergruppierungen, Beförderungen u.ä.	77.000 €
zus. Stellen Kitas	251.000 €
zus. Stunden Hauswirtschaft, Reinigung, Ausbildung Kitas	88.000 €
Beamtenversorgung / Beihilfe	25.000 €
zus. Stellen Pressearbeit, 1 (!) Ordnungspolizist, Hausmeister	185.000 €
zus. Stellen Bauhof (Abfallbeseitigung und 2 Saisonkräfte)	103.000 €
zus. Stelle Kläranlage	54.000 €
zus. Reinigungsstunden Bauhof und Kläranlage	22.000 €

Die Aufwendungen für die **Kreis- und Schulumlage** werden für 2019 mit **9.175.000 €** festgesetzt und erhöhen sich damit kaum um nur 800 €.

Die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** reduzieren sich gegenüber dem Nachtrag **um 4,47 %** bzw. um **rd. 327.000 €** auf **6,99 Mio. €**.

Wie Sie wissen mussten wir im Nachtrag die Sach- und Dienstleistungen durch die notwendigen KiTa-Container erhöhen. Die Einmalkosten für das Errichten der KiTa entfallen in 2019. Daher konnte hier gegenüber dem Nachtrag eine Reduzierung des Ansatzes erfolgen.

Sofern nennenswerte Abweichungen gegenüber dem Haushaltsplan 2018 vorgenommen wurden, sind diese bei dem jeweiligen Produkt kurz erläutert. Ich verweise daher auf den Haushaltsplan.



Erwähnen möchte ich an dieser Stelle aber beispielhaft:

- die Beauftragung eines externen Datenschutzbeauftragten, um die Datenschutzgrundverordnung umzusetzen mit 10.700 € jährlich
- höhere Versicherungsbeiträge, insbesondere für die Gebäudeversicherungen
- Aufwendungen für die Erstellung von Bestandsunterlagen zur Bestandssicherung unserer städtischen Liegenschaften von zunächst 20.000 € ... ..
- Steigende Aufwendungen zur Sicherung der öffentlichen Gewässer

Eine weitere besondere Position ist die steigende Umlage, die an den Zweckverband Fliegerhorst zum dortigen Haushaltsausgleich zu leisten ist. Sie steigt von 310.000 € auf **367.000 €**.

In diesem Betrag enthalten ist aber bereits eine erste Rate i.H.v. 135.000 € für die Weiterführung der Aufarbeitung der geschichtlichen Daten; unabhängig von der Frage „Dokumentationszentrum ja oder nein?“.

*(Die Stadt Bruchköbel hat ihren Anteil i.H.v. rd. 58.000 € für 2019 eingestellt.)*

Insgesamt sollen in den nächsten 5 Jahren von Erlensee dafür 773.000 € aufgewendet werden, während von Seiten der Stadt Bruchköbel insgesamt 331.000 € hinzukommen. Dieses Thema wird noch eingehend zu beraten sein; insb. natürlich von der Zweckverbandsversammlung, die darüber im Rahmen der Haushaltsplanberatung im Dezember zu befinden hat.

Ebenfalls besonders erwähnen möchte ich unsere zwei größten Gebührenhaushalte:

In den Bereichen **Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung** müssen aufgrund gestiegener Anforderungen (Einleitewerte der Kläranlage und Arbeitsschutz im Bereich Abwasser; höhere, neue Deponiegebühren des MKK und neue Konzeption der Müllannahme im Bereich Abfall) Mehraufwendungen veranschlagt werden; und zwar in beiden Bereichen jeweils bei den Sach- und Dienstleistungen und den Personalkosten mit einhergehenden Stellenplanausweitungen im Teilhaushalt 9 „Ver- und Entsorgung“.

Folge muss die Erhöhung der Gebühren sein:

Gemäß der Vorkalkulation muss für die **Abwasserbeseitigung** die Gebühr für Schmutzwasser von 2,50 € auf 2,65 € je m<sup>3</sup> und die Gebühr beim Niederschlagswasser von 1,27 € auf 1,30 € angehoben werden. Eine Erhöhung hier also von moderaten **6 bzw. 2,4 %**.

Im Bereich der **Abfallbeseitigung** erhöhen sich die monatlichen Gebühren für ein 80 l Gefäß von 15,00 € auf 18,00 €.

Die Gebührenanpassungen werden in gesonderten Vorlagen direkt an den HFA verwiesen und Ihnen in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Kommen wir im Ergebnishaushalt abschließend noch zu den **Abschreibungen**: Diese sinken zwar von 3,54 Mio. € **um 5,5% auf rd. 3,363 Mio. €**, stellen aber immer noch eine erhebliche Aufwandsposition dar.

Damit möchte ich es mit den Ausführungen zum Ergebnishaushalt bewenden lassen und komme zum Finanzhaushalt.

### **III. FINANZHAUSHALT**

Hier zunächst die **Eckdaten des Finanzhaushaltes**:

Der **Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltung wird mit rd. 2.553.000 €** festgesetzt.

Mit diesem Überschuss können wir, wie gefordert und eingangs dargestellt, unsere Tilgungsleistungen bedienen und den Beitrag an das Sondervermögen Hessenkasse leisten.

Es verbleibt danach noch ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von **174.395 €**. Diese Mittel können für den **Aufbau der Liquiditätsreserve** genutzt werden.

Dennoch sieht die Haushaltsatzung einen Höchstbetrag für **Liquiditätskredite** (das ist der neue Begriff für die Kassenkredite) in Höhe von 5 Mio. € vor. Dieser Rahmen ist gedacht, um die unterjährigen Liquiditätsschwankungen abzufangen und Investitionen bis zur Genehmigung des Einzelkreditantrages vorzufinanzieren. Sollten hingegen veranschlagte Erträge ausbleiben, sind diese hier schlicht nicht darstellbar!

Der **Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf rd. 2.859.000 €**.

Dieser Betrag stellt den Kreditbedarf für die Finanzierung von Investitionen dar. Darin enthalten sind Kredite aus dem **Hessischen Investitionsfonds Abteilung B in Höhe von 1 Mio. €**, so dass für 2019 eine weitere **Kreditaufnahme am Kreditmarkt von rd. 1,87 Mio. €** vorgesehen ist.

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (d.h. Kreditaufnahme ./Tilgungsverpflichtungen) schließen mit einem Saldo von rd. **490.000 €**, der somit den Betrag der Nettoneuverschuldung darstellt.

Ich darf Ihnen nun einen Überblick über die **Investitionen** des Finanzhaushaltes geben:

**Der Haushaltsplan 2019 sieht Investitionen i.H.v. 3.238.300 € vor.**

Davon entfallen, immer gerundet,

2.722.000 €	auf Baumaßnahmen
448.000 €	auf den Erwerb von beweglichen Sachen
57.500 €	auf den Erwerb von Grundstücken.

Im Folgenden stelle ich Ihnen, wie gewohnt, die wesentlichen Investitionen ab einer Summe von 50.000 € vor:

### **Hochbaumaßnahmen**

<b>Maßnahme</b>	<b>Invest.-Summe</b>
Hochbau Halle Bauhof <i>(zur Freimachung von Hallen bei der Feuerwehr)</i>	145.000,00 €
Hochbau Feuerwehrgerätehaus Langendiebach <i>plus VE 850.000 € gem. Bedarfs- &amp; Entwickl.Plan; also 1 Mio. € in 2019 und 2020, unabhängig davon, dass langfristig noch viel mehr zu tun ist...</i>	150.000,00 €
Hochbau KiTa Nelly-Sachs-Straße <i>(Erweiterung der Bautätigkeit auch auf Altbestand)</i>	178.000,00 €
Hochbau Hallenbad - Planungskosten	100.000,00 €
Brandmeldeanlage Fallbachhalle	100.000,00 €
Hochbau Wasserburg - Außenfassade	50.000,00 €
Umbau KiTa Fröbelstraße	1.000.000,00 €
Container Obdachlosenunterkunft - Mietkauf	100.000,00 €

**Tiefbaumaßnahmen**

<b>Maßnahme</b>	<b>Invest.-Summe</b>
Kanalbau Industriestraße	50.000,00 €
Kanalbau John-F.-Kennedy-Straße	510.000,00 €
Hochwasserschutz – Uferbefestigung Kinzig	75.000,00 €

**Vermögenserwerb**

<b>Maßnahme</b>	<b>Invest.-Summe</b>
Vermögenserwerb Bauhof - 3,5t LKW	50.000,00 €
Vermögenserwerb Feuerwehrfahrzeug - LF10 KatS	180.000,00 €

**IV. STELLENPLAN**

Nach den vielen Zahlen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes komme ich nun zum **Stellenplan**:

Der Stellenplan zum Haushalt 2019 **erhöht sich** gegenüber dem Nachtrag zum Stellenplan 2018 **um insgesamt 6,25 Stellen** von 182,22 Stellen **auf 188,47 Stellen**.

Die einzelnen Positionen der Stellenzuwächse habe ich Ihnen bereits unter dem Punkt der gestiegenen Personalaufwendungen genannt.

Jede neu geschaffene Stelle geht letztlich zurück auf nach wie vor steigende Anforderungen an die Aufgabenerfüllung durch eine Kommune einerseits und auf das stetige Wachstum unserer Stadt andererseits.

## **V. HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT**

Auch für 2019 sind wir wieder verpflichtet ein **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen.

Nach den Änderungen der HGO ist dieses nun Anlage des Haushaltsplans und der Kommunalaufsicht in der vorgelegten Form elektronisch zu übermitteln.

Das Haushaltssicherungskonzept sieht eine schrittweise Rückführung der Altfehlbeträge spätestens bis zum Jahr 2048 vor. Nach dem letzten (ungeprüften) Jahresabschluss zum 31.12.2017 bestehen Altfehlbeträge in Höhe von rd. 7,48 Mio. € aus ordentlichen Fehlbeträge der Vorjahre. Aufgrund der positiven Entwicklung unserer Kommunalfinanzen scheint der Abbau dieser Fehlbeträge absolut realistisch und ggf. vor Ablauf der 30 Jahre erreichbar.

## VI. FAZIT & PERSÖNLICHE SCHLUSSBEMERKUNGEN

Wer jetzt meint, bei meiner Aussage zum Haushaltskonsolidierungskonzept einen Widerspruch zu meinen eingangs kritischen Worten zu unserer Zukunftsfähigkeit entdeckt zu haben, irrt sich.

Denn Beides stimmt:

1. Wir werden aller Voraussicht nach die Zukunft meistern und genehmigungsfähige Haushalte vorlegen können.
2. Wir werden nach wie vor mit strukturellen Problemen unserer Haushalte zu kämpfen haben.

Heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass wir die Ausgleiche schaffen können und wohl nicht unter Zwangsverwaltung gestellt werden.

Aber zu welchem Preis, kann ich Ihnen nicht sagen...

Weder ist gewährleistet, dass wir weiterhin um die Erhöhung der Grundsteuer herumkommen, noch, dass wir alle freiwilligen Leistungen aufrechterhalten können.

Ganz zu schweigen davon, ob bzw. wann wir wieder den Rotstift aus der Hand legen können und in echtes Gestalten kommen. Beispielsweise sind meiner Meinung nach auch im Haushalt 2019 die Mittel zur Straßenunterhaltung zu niedrig und nicht nur **ein** zusätzlicher Ordnungspolizeibeamter, sondern zwei wären wünschenswert gewesen, usw., usw...

Die Konjunktur ist auf einem Hochpunkt angekommen; und jeder weiß, dass diese Phase so nicht anhalten wird. Die Stadt Erlensee erwartet weiter steigende Erträge aus Gewerbesteuer, sicher, aber klar ist, dass diese dann andere, sich verschlechternde Zahlen aus Umlagen etc. kompensieren müssen.

Und nicht nur das, kompensiert werden müssen künftig auch:

- Allgemeine Kostensteigerungen (Steigerung Tarif wie gesagt im nächsten Jahr alleine schon ¼ Mio. €),
  - Aufwendungen für weiter steigende Standards, die wir zu erfüllen haben
- und**
- schließlich der Wegfall von Einmaleffekten aus unseren Baugebieten

Wenn es denn gelingt, all das aufzufangen, haben wir aber immer noch keine Mittel, um aufgelaufene Summen aus Investitionsstau abzuarbeiten; als Beispiel sei hier nur einmal genannt, dass ja immer noch die Rathaussanierung dringend ansteht!

Ich glaube, dass viele wissen, wovon ich rede, haben wir doch vor kurzem genau das Alles anhand der **Studie „Schaffung einer zukunftsfähigen Verwaltungs- und Kommunalstruktur für Neuberg und Erlensee“** von unabhängiger Stelle geradezu um die Ohren geschlagen bekommen.

Wenn Sie meinen, dass ich Werbung für die Bildung einer neuen Einheitsgemeinde mit Neuberg machen möchte, dann haben Sie Recht.

Das muss ich auch im Rahmen unserer Haushaltsberatungen, denn genau hier gehört dieses Thema hin, und nicht nur angesichts der prognostizierten jährlichen Haushaltsentlastungen von 1,3 Mio. € durch eine Fusion, die mehr als konservativ gerechnet sind.



Erlauben Sie mir hier einen kleinen Einschub:

Hätten wir das Projekt „Zusammenarbeit mit Neuberg“ nicht gestartet, hätte ich mich übrigens nicht auf die Analyse im Rahmen der Machbarkeitsstudie bezogen, sondern auf das Ergebnis der sog. **Beratung von Nichtschuttschirm-Kommunen (NSK)**, dass mit Stand 31. August diesen Jahres nunmehr vorliegt, und das ich Ihnen per E-Mail zuleiten werde.

Zurück dazu, dass der mögliche Zusammenschluss mit der Gemeinde Neuberg genau hierhin passt und warum man neue Wege gehen sollte.

Obwohl?! Ich versuche es anders herum und im Allgemeinen, wenngleich Sie sicher die Ergebnisse der Studie hier wieder erkennen:

6,9 Mio. € an Schulden erlassen zu bekommen und 1,3 Millionen € jährlich mehr zur Verfügung zu haben, und zwar dauerhaft... Was bedeutet das?  
- Manche Bürgerinnen und Bürger sagen da: „Was habe ich denn davon, wenn die Stadt eine Million mehr hat?“

Meine Antwort wäre, dass die Stadt sicherlich nicht auf Kreuzfahrt davon geht und dass immer jeder Cent nicht für „die Stadt“ verwendet wird, sondern für deren Einwohnerinnen und Einwohner.

Grundsteuerhebesätze können bleiben, wo sie sind, und freiwillige Aufgaben und Einrichtungen aufrecht erhalten werden.

Denken Sie einmal daran, was wir mit einem Netto-Aufwand von jährlich 60.000 € alles in der Seniorenarbeit anbieten können.

Und denken Sie an das eben von mir gesagte: Verbesserungswürdig ist so einiges.

Ich glaube auch nicht, dass wir 1 Mio. € momentan ablehnen würden. Wie gesagt: Sehen Sie das einfach einmal als abstrakte Aussage.

Ebenso allgemein gesprochen: Ein unabhängiges Unternehmen und der Landesrechnungshof kommen zu dem Ergebnis, dass ein „Weiter so!“ keine Option ist.

**Innovative Wege werden gefragt sein**, wenn wir unseren Aufgaben auch dann gerecht werden wollen, wenn die Konjunktur uns wieder Einbrüche beschert.

Dies gilt umso mehr, als die Genehmigungspraxis unserer kommunalen Haushalte, mit der von vor noch drei oder vier Jahren nicht mehr zu vergleichen ist. Jede Schieflage muss 1:1 gemeistert werden und zwar im jeweiligen Haushaltsjahr. Auf in kommenden Jahren erwartete Steigerungsraten bei den Erträgen aus Gewerbesteuer zu verweisen, - wie sagt man so schön? – „verfängt“ nicht mehr. Diese Zeiten sind definitiv vorbei.

Die Stadt Erlensee ist verpflichtet, die neuen Auflagen zu erfüllen, nicht zuletzt anhand des Vertrages, den wir im Rahmen der Hessenkasse unterzeichnet haben und das Jahr für Jahr. Sie sehen das momentan bei vielen Kommunen um uns herum; da steigen Grundsteuerhebesätze auch mal um 200 und mehr Punkte auf einen Schlag.

Bleibt also zu hoffen, dass die Gewerbesteuer schneller steigt als die Konjunktur nachlässt. Ich denke, dass uns da mittelfristig, also die nächsten fünf bis sieben Jahre, noch sehr Bange sein muss; bis endgültig die Gewerbesteuer auf soliden Füßen steht, sprich die avisierten großen Firmen auch ihren Betrieb aufnehmen.

In den letzten Jahren hat das - wie vorhin gezeigt - geklappt. Hoffen wir, dass das so bleibt.

Wenn man also auch mal ganz losgelöst von „einer neuen Stadt“ und - wenn man so will - emotionslos die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bzw. die Aussagen des Rechnungshofes auf sich wirken lässt, kommt man zumindest zu dem Schluss, dass es sich lohnt, nicht nur von Haushalt zu Haushalt zu denken.

Mit der Beauftragung der **Studie „Schaffung einer zukunftsfähigen Verwaltungs- und Kommunalstruktur für Neuberg und Erlensee“** haben Sie, liebe Stadtverordnete, genau dafür den Grundstein gelegt.

Ich danke Ihnen dafür, denn ich selbst bekenne mich nach diesen Ergebnissen ganz klar dazu, den Weg der Bildung einer neuen Einheitsgemeinde mit Neuberg gehen zu wollen, und zwar nicht aus persönlichen Gründen, und auch nicht, weil „*die* Stadt Erlensee“ dann besser dastünde, denn die gibt es in dieser Form dann ja gar nicht mehr, nein, sondern nur aus dem Grund für jede Bürgerin und jeden Bürger der heutigen Kommunen Neuberg und Erlensee das Bestmögliche zu erreichen.

Ich freue mich auf den dazu vor uns liegenden Prozess.

Gestatten Sie mir zum Abschluss wieder ein paar persönliche Worte des Dankes zum vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2019:

Ein herzliches Dankeschön geht auch dies Jahr an meine Stellvertreterin, unsere Erste Stadträtin, Birgit Behr, und meine Kollegin und meine Kollegen des Magistrats. Unsere Zusammenarbeit ist wie gewohnt konstruktiv und überaus kollegial.

Die Haushaltsberatungen krönten, wenn Sie wollen, einmal wieder unsere guten Diskussionen über das ganze Jahr. Dankeschön!

Ein ganz besonderer Dank gilt natürlich auch allen Bediensteten der Stadt Erlensee. Alle Jahre wieder wiederhole ich mich auch hier:

Das Team von Rathaus und Außenstellen steht und es bedarf keiner besonderen Maßnahmen und schon gar keiner misstrauischen Blicke bei jedweder Beratung. Meine Kolleginnen und Kollegen arbeiten innovativ und gleichsam verantwortungsbewusst; im heutigen Zusammenhang heißt das natürlich auch kostenbewusst.

Stellvertretend für alle Beteiligten bedanke ich mich an erster Stelle bei meiner Kämmererin und Fachbereichsleiterin Steuern und Finanzen, Simone Körner und bei unserem Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, Harald Kling; verbunden mit der Bitte, dies weiterzugeben.

Ich übergebe Ihnen nun den Entwurf der Haushaltssatzung 2019 zur weiteren Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**ERLENSEE, 08. NOVEMBER 2018**

**GEZ. STEFAN ERB**

**BÜRGERMEISTER**

